

**Postulat Rüttimann Daniel und Mit. über die Stärkung der Polizei bei Demonstrationen, Krawallen oder Ansammlungen sowie über wirkungsvollere Massnahmen zur Eindämmung und zur Sanktionierung von Fehlverhalten**

eröffnet am 27. Oktober 2025

Der Regierungsrat wird mit diesem Postulat aufgefordert, die zunehmend grösseren Probleme, welche durch Gewalt anwendende Gruppierungen entstehen, gezielt anzugehen.

Dabei sind konkret folgende Ziele zu erreichen:

1. Stärkung der Polizei bei Einsätzen durch bestmöglichen Support von Material, Personal, Überwachung und Sicherheiten der Einsatzkräfte zur Auftragserfüllung und zum persönlichen Schutz.
2. Gezielte Massnahmen zur Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben bei Missachtung des Vermummungsverbots sowie bei schweren Sachbeschädigungen und Gewaltanwendungen.
3. Präventive sowie deeskalierende Massnahmen sind weiterhin anzuwenden, allenfalls auszuweiten, dabei sollen die Grenzen und die Konsequenzen deutlich aufgezeigt werden. Zudem sind Organisationen und Veranstalter in die Verantwortung einzubeziehen (z. B. Kostenfolge).
4. Strafrechtliche Verschärfungen und organisatorische Massnahmen wie z. B. auf das Maximum verlängerte vorübergehende Festnahme bei nachweislich offensichtlichem Fehlverhalten (Vermummung, Sachbeschädigung, Drohung o. a.) im Zusammenhang mit dem Randalieren sowie Ermöglichung der öffentlichen Fahndung mit Fotos.

Begründung:

Die Demonstration in der Bundeshauptstadt Bern am 11. Oktober 2025 zeigte schonungslos auf, dass Demonstrationen und Kundgebungen eben nicht nur friedlich verlaufen, sondern auch missbraucht oder bewusst für andere Ziele genutzt werden (v. a. Sachbeschädigungen, bewusstes Suchen von Konfrontationen mit der Polizei). Demonstrationen wie beispielsweise in Bern können von extremistischen Gruppierungen organisiert oder für ihre Zwecke missbraucht oder unterwandert werden. Auch in weiteren Städten finden wiederholt auftretend bewilligte wie unbewilligte Veranstaltungen statt, bei denen es trotz erheblichen Polizeiaufgebotes, trotz auferlegter Bedingungen zur Durchführung und definierter Routen zu grösseren Problemen wie Sachbeschädigung, Bedrohung, Gewalt, Einschränkung des öffentlichen Verkehrs u. a. kommt. Dies ist nicht nur für die jeweils betroffene Stadt und deren Quartiere, Bewohnende oder Gäste äusserst ärgerlich und zeitweise gefährlich. Es verursacht auch unnötige, hohe Kosten für den Einsatz der Polizei und für die Beseitigung der Schäden oder führt zu Umsatzeinbussen bei Geschäften oder Unternehmungen.

In breiten Teilen der Bevölkerung ist für dieses Verhalten kein Verständnis vorhanden, und es wird allgemein ein schärferes Vorgehen zur zukünftigen Verhinderung solcher Vorkommnisse gefordert.

Grundsätzlich ist bei der Problembearbeitung ein national koordiniertes Vorgehen zu befürworten. Wenn dies jedoch nicht zeitnah zu klaren Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die einzelnen Kantone führt, sollen einzelne Kantone selbständig frühzeitig verschärfte Massnahmen umsetzen können, um Personal, Einrichtung und Sicherheit gewährleisten zu können. In diesem Sinn hat sich der Kanton proaktiv für verbesserte Rahmenbedingungen einzusetzen, welche zeitnah Wirkung zu erzielen vermögen.

Die Sicherheit in der Schweiz ist ein hohes und wertvolles Gut, welches es zu schützen gilt. Dazu gehört eine Polizei, welche die dazu notwendigen Aufgaben pflichtbewusst und kompetent umsetzen kann. Die Politik hat eine gesellschaftspolitische Verantwortung, die Polizistinnen und Polizisten bei unnötigen, gefährlichen Einsätzen wie bei solchen Randalen und Krawallvorkommen zu schützen und für angemessene Rahmenbedingungen zu sorgen. Der Beruf «Polizist/in» ist diesbezüglich entsprechend wertzuschätzen und zu stützen. Daher wird die Luzerner Regierung aufgefordert, die in diesem Postulat aufgeführten Ziele auf kantonaler und nationaler Ebene konkret anzugehen und im Sinne der Sicherheit für alle im öffentlichen Raum für den Kanton Luzern zeitnah und wirkungsvoll umzusetzen.

*Rüttimann Daniel*

Frey-Ruckli Melissa, Broch Roland, Stadelmann Karin Andrea, Nussbaum Adrian, Gerber Fritz, Albrecht Michèle, Jost-Schmidiger Manuela, Oehen Thomas, Keller-Bucher Agnes, Zehnder Ferdinand, Affentranger David, Jung Gerda, Piani Carlo, Schnider-Schnider Gabriela, Kurmann Michael, Küttel Beatrix, Graber Eliane, Dober Karin, Bucher Markus, Gasser Daniel, Roos Guido, Schnider Hella, Schärli Stephan, Bucheli Hanspeter, Brunner-Zürcher Rosmarie, Krummenacher-Feer Marlis, Marti Urs, Piazza Daniel, Affentranger-Aregger Helen, Frank Reto, Bucher Mario, Zanolla Lisa, Lang Barbara, Wicki Martin, Lötscher Hugo, Bossart Rolf, Waldis Martin, Lingg Marcel, Bucher Philipp, Forster Eva, Hunkeler Damian, Marti André, Wicki-Huonder Claudia, Küng Roland, Gfeller Thomas, Ineichen Benno, Wandeler Andy, Boog Luca, Käch Tobias